

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 38 – Regionale Berufsbildungszentren -

Regionale Berufszentren:

Ganztägig geöffnet - Na endlich!

Nr. 115.01 / 09.05.2001

*Das Beispiel der Berufsschule Mölln zeigt die Vorteile einer gemeinsamen Planung von Berufsschulunterricht und überbetrieblicher Ausbildung: Synergieeffekte, Kosteneinsparungen und eine flexible Anpassung der Ausbildung an die Erfordernisse der Betrieb. Berufsschulen sollen deshalb selbständiger werden zusätzlich Weiterbildungsaufgaben übernehmen. Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Karl-Martin Hentschel** heute im Landtag:*

"Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor drei Jahren die Berufsschule Mölln besuchte, kam ich ins Staunen: Dort unterrichteten nicht nur die BerufsschullehrerInnen, sondern auch die Innungslehrer in der überbetrieblichen Ausbildung, und zwar in denselben Räumen und denselben Werkstätten, die mit kräftiger Unterstützung der Wirtschaft eingerichtet wurden.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Viele Investitionen müssen nur einmal getätigt werden. Die Werkstätten, Friseursalons, Backstuben, Computerräume usw. werden doppelt genutzt: Sowohl für den überbetrieblichen Unterricht wie auch für die Berufsschule. In der Regel liegt immer ein Klassenraum neben der Werkstatt, so dass der Unterricht hin- und herwechseln kann.

In Mölln werden Stundenpläne von der Schule gemacht, in denen nicht nur der Berufsschulunterricht, sondern auch die überbetriebliche Ausbildung miteingeplant werden. Die Auszubildenden haben an einem Tag abwechselnd Theorie und Praxis - dies ist in keinem Schulgesetz vorgesehen. Im Unterricht können durch Absprache zwischen Berufsschule und InnungslehrerInnen Synergien genutzt und Doppelungen vermieden werden. Im Ergebnis kommt mehr dabei heraus und die Auszubildenden sind sogar häufiger im Betrieb.

Durch die Integration können auch Kosten gespart werden, die es ermöglichen, Berufe dezentral in Mölln auszubilden, die sonst nur noch zentral in Bezirksklassen oder in Landesberufsschulen angeboten werden.

Dezentrale Unterbringung spart Investitionen und Internatskosten, die entweder von den Firmen oder von den SchülerInnen selbst getragen werden müssen.

Die Integration hat weiterhin den Vorteil, dass die Schule ein sehr gutes Verhältnis zu den meisten Innungen hat. Dies wurde mir von VertreterInnen des Handwerks explizit bestätigt. Es gibt in Lauenburg weniger Spannungen als in anderen Kreisen. Es gibt kaum Klagen von HandwerksmeisterInnen, dass die Schüler zuviel Unterricht haben. Und selbst der Sportunterricht ist in Mölln unumstritten, seit er als berufsbezogene Gymnastik und Körperschule gegeben wird.

Eine solche Organisation der Berufsschule braucht natürlicherweise erweiterte Managementkompetenzen. Berufsschulen müssen wesentlich flexibler im Einsatz ihrer Mittel werden.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der SPD darauf geeinigt: 'Das Land unterstützt die Schulträger bei der Umsetzung der schulischen Eigenverantwortung. Mögliche Hindernisse für eine weitergehende Budgetierung sollen beseitigt werden. Bisher zentral verwaltete Mittel sollen so weit wie möglich den Schulen überlassen werden. Die Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung wird fortgesetzt.'

Mit der Umsetzung dieses Passus' wird nun in den Berufsschulen begonnen. Sie werden zu Vorreitern bei der Weiterentwicklung der Schulen zu regionalen Bildungszentren. Es macht auch Sinn, dass die Berufsschulen voran gehen. Denn sie sind allein aufgrund ihrer Größe am besten in der Lage, ein eigenes Schulmanagement zu entwickeln. Sie haben es teilweise schon, aber auch hierbei denken wir, dass noch weitere Schritte erforderlich sind.

Ein besonderes Anliegen der Grünen, über das wir uns in der letzten Legislaturperiode in der Koalition noch nicht einigen konnten, war deshalb die Flexibilisierung der Berufschulausbildung und die Berücksichtigung der überbetrieblichen Ausbildung in den Lehrplänen.

Dies sollte unseres Erachtens jeweils für die einzelnen Berufsbilder angepasst geregelt werden. So brauchen die MalerInnen viel mehr überbetriebliche Ausbildung. Die Kfz-Lehrlinge brauchen am besten integrierte theoretische und praktische Ausbildung. Und die Informationskaufleute brauchen mehr theoretische Grundkenntnisse und sollten in den Betrieben stärker projektorientiert eingesetzt werden.

Die pauschale Festlegung der Berufsschulstunden ohne die Berücksichtigung der jeweiligen Anforderungen wird der Wirklichkeit nicht gerecht.

Eine Erweiterung des Aufgabenspektrums der Berufsschulen in Richtung Kooperation mit der überbetrieblichen Ausbildung unterliegt selbstredend der kritischen Beobachtung durch die Innungen und die Kammern. Denn diese haben in der Vergangenheit sehr viel Engagement und Geld in ihre eigenen Ausbildungszentren investiert haben.

Sie befürchten, dass durch eine Integration von Berufsschule und überbetrieblicher Ausbildung unter der Hand eine Verstaatlichung der überbetrieblichen Ausbildung vorgenommen wird. Hier kann ich sie beruhigen. Dies kann auch nicht in unserem Interesse sein. Denn wir brauchen Engagement der Wirtschaft. Und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Auch in Hinblick auf die ständige aktuelle Anpassung der Lerninhalte an die Weiterentwicklung der Berufsbilder und an die Notwendigkeiten der Betriebe brauchen wir das Engagement der Wirtschaft. Und eine hohe Flexibilität in der Gestaltung der Inhalte ist dringend erforderlich.

Deshalb stellt sich in der Tat nicht nur die Frage, ob die Berufsschulen in ihrer Organisation verselbstständigt werden sollen. Es stellt sich auch die Frage, wie andere Institutionen wie die Kammern, die Innungen, aber auch Weiterbildungsträger in die Arbeit und Verwaltung der Schulzentren eingebunden werden können.

Einer der umstrittensten Punkte bei der Umwandlung der Berufsschulen in regionale Berufsbildungszentren ist die Erweiterung des Aufgabenspektrums um den Bereich der Weiterbildung. Wir wollen, dass die teuren Berufsschulen in Zukunft nicht mehr den halben Tag leer stehen. Dass die wertvollen und teuren Ressourcen ganztätig bis in den Abend genutzt werden.

Hier bestehen aber naturgemäß erhebliche Ängste der Weiterbildungsträger. Sie befürchten, dass Ihnen in den Berufsschulen eine neue Konkurrenz erwächst. Sie befürchten, dass die Berufsschulen möglicherweise mit staatlich bezahlten LehrerInnen Angebote unterhalb der Selbstkosten machen.

Nimmt man diese Überlegungen ernst, dann wird es zwangsläufig notwendig, über neue Rechtsformen und neue Trägermodelle für die Berufsbildungszentren nachzudenken.

Eine Alternative zu der Ausweitung des Aufgabenspektrums der Berufsschule kann darin bestehen, dass die neuen Zentren für Berufsausbildung ein einheitliches Management unter gemischter Trägerschaft bekommen. Dieses Management kann dann die Nutzung und die Aktivitäten unterschiedlicher Akteure organisieren und koordinieren. Auf diese Weise ist eine Integration von Volkshochschulen, Vereinen und privaten Trägern möglich, ohne dass alles unter dem Dach der staatlichen Berufsschule stattfindet.

Als eine weitere Konsequenz aus diesen Überlegungen stellt sich auch die Aufgabe, das Personalmanagement zu flexibilisieren. Ich stelle mir dabei nicht nur vor, dass die Berufsschulen bzw. die Berufsbildungszentren in der Personalpolitik selbstständiger werden. Es geht auch darum, dass Berufsschullehrer flexibel in anderen Bereichen wie in der Weiterbildung eingesetzt werden können. Umgekehrt sollten die Berufsschulen die Möglichkeit bekommen, Dozenten aus der Wirtschaft mit Lehraufträgen zu beschäftigen. Dafür sollten die Schulen Geldmittel bekommen, über die sie im Rahmen ihrer Budgets und im Sinne des Leitspruchs 'Geld statt Stellen' frei verfügen können.

Das Ministerium hat einen Bericht vorgelegt, der keine fertigen Konzepte enthält. Dafür bedanke ich mich. Denn dieser Bericht macht deutlich, dass die Landesregierung offen ist für neue Entwicklungen.

Es mag sein, dass Sie glauben, dass ich mit meinen Visionen einen Schritt zu weit gegangen bin. Dafür entschuldige ich mich nicht. Im Gegenteil, ich bin überzeugt davon, dass es Zeit ist, neue Türen aufzustoßen. Da halte ich es mit dem österreichischen Psychologen Alfred Adler, der einmal sagte: 'Die größte Gefahr im Leben ist, dass man zu vorsichtig wird.' Lassen Sie uns also gemeinsam neue Wege denken, um diese Gefahr zu vermeiden."
